

PRESSEMITTEILUNG

Politisches Frühstück der deutschen Geflügelwirtschaft

"Ohne Bauernwohl kein Tierwohl": Ja zum Tierwohllabel – bei vollständiger und gesicherter Erstattung der Kosten

Berlin, 25. April 2018. In einem eindrucksvollen Appell hat die deutsche Geflügelwirtschaft die Unterstützung der Politik bei der Finanzierung tierwohlfördernder Maßnahmen eingefordert. "Ohne Bauernwohl kein Tierwohl" – auf diese prägnante Formel brachte es Friedrich-Otto Ripke, Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft e. V. (ZDG), beim Politischen Frühstück der Geflügelwirtschaft heute Morgen im Reichstagsgebäude. "Wenn wir alles selber bezahlen müssen, werden wir im Wettbewerb untergehen", prognostizierte Ripke für den Fall fehlender Unterstützung ein Höfesterben nicht gekannten Ausmaßes und forderte die Beteiligung der Verbraucher an den Mehrkosten: "Tierschutz als Staatsziel ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft." Mit Blick auf ein staatliches Tierwohllabel bedeute dies zwingend den langfristig gesicherten und vollständigen Ausgleich der Mehraufwendungen für Tierhalter und Unternehmen. "Sie tragen Verantwortung nicht allein für die Nutztiere, sondern auch für die Nutztierhalter in Deutschland", appellierte Ripke an die rund 20 anwesenden Agrarpolitiker. "Schützen Sie uns deutsche Tierhalter!"

Im Kreise der Parlamentarier erneuerten die Spitzenvertreter der deutschen Geflügelwirtschaft ihr Bekenntnis zu einem staatlichen Tierwohllabel. Dies jedoch unter klar umrissenen Voraussetzungen: So muss ein staatliches Tierwohllabel aus ZDG-Sicht außer dem Ausgleich der Mehraufwendungen eine Herkunftskennzeichnung umfassen und verpflichtend für alle Vermarktungswege gelten – auch für das bei Tierwohlmaßnahmen bislang völlig unberücksichtigt gebliebene große Marktsegment der Gastronomie.

Thema Export: "Wir brauchen die intensive Unterstützung der Bundesregierung"

Mit Blick auf den Ausstieg aus dem Töten männlicher Eintagsküken mahnte Ripke zu Vorsicht bezüglich eines allzu ambitionierten Zeitplans: "Deutschland ist weltweit am weitesten mit der Entwicklung der Verfahren zur In-ovo-Geschlechtserkennung – noch gibt es aber kein praxisreifes Verfahren." Das Bekenntnis der Branche zum Ausstieg aus dem Kükentöten bei praxistauglichen Alternativen gelte uneingeschränkt, betonte Ripke: "Wir wollen das Problem zeitnah gelöst haben – und das wird gelingen."



Ein deutlich intensiveres Engagement der Bundesregierung bei dem für die Branche so wichtigen Thema Export forderte ZDG-Präsidiumsmitglied Paul-Heinz Wesjohann für die Unternehmen der Schlachtgeflügelwirtschaft ein. Konkret für die Aushandlung eines staatlichen Veterinärabkommens mit China – welches in der Zuständigkeit der Bundesregierung liegt und Voraussetzung für spätere Exporte ist – brauche die Branche die intensive Unterstützung der Bundesregierung, auch durch verstärkte personelle Präsenz bei den relevanten chinesischen Stellen. China sei der Schlüssel zur Öffnung der asiatischen Märkte, so Wesjohann: "Flügel, Füße, Innereien – gerade die in Deutschland weniger geschätzten Teilstücke sind in China heiß begehrt." Eine Vermarktung dieser Teilstücke als Lebensmittel statt als Tierfutter bringe höhere Deckungsbeiträge für die Landwirte und sei als Verwertung des ganzen Tieres ein Paradebeispiel für Nachhaltigkeit.

Putenhaltung: "Lassen Sie uns endlich zu EU-weit einheitlichen Regeln kommen!"

ZDG-Vizepräsident Thomas Storck, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Putenerzeuger e. V. (VDP), forderte die Unterstützung bei der Durchsetzung einer EU-Putenhaltungsverordnung auf Grundlage der deutschen Puten-Eckwerte ein. Die auf das Tierwohl ausgerichteten, mit Wissenschaft, Tierschutz und Praktikern ausgearbeiteten Eckwerte seien mit ihrem Gesundheitskontrollprogramm weltweit einzigartig und optimal als Vorbild einer EU-Verordnung geeignet. "Lassen Sie uns gemeinsam das Jahr 2019 zur Vorbereitung nutzen, um unter deutscher Ratspräsidentschaft 2020 endlich zu EU-weit einheitlichen, verbindlichen Regeln zu kommen", appellierte Storck an die Agrarpolitiker. "Nur so können wir Wettbewerbsnachteile für die deutschen Putenhalter vermeiden."

"Wir Tierhalter sind Tierschützer", rückte ZDG-Vizepräsident Rainer Wendt, Vorsitzender des Bundesverbandes bäuerlicher Hähnchenerzeuger e. V. (BVH), das hohe Verantwortungsbewusstsein der Geflügelhalter für ihre Tiere in den Fokus. Um ein Mehr an Tierwohl umsetzen zu können, müsse es den Betrieben aber auch möglich gemacht werden, in neue Stalltechnik investieren zu können. "Wir brauchen Entwicklungsperspektiven für die Tierhaltung in Deutschland", forderte Wendt mit Blick auf die Auflagenflut bei Stallneubauten, lange Genehmigungsverfahren und ein hohes Maß an Bürokratie.

Für den Bundesverband Deutsches Ei e. V. (BDE) schilderte Vorsitzender Henner Schönecke Anstrengungen und Erfolge der Legehennenhalter bei dem freiwilligen Ausstieg aus dem Schnabelkürzen. "Wir sind stolz darauf, diese Herausforderung gepackt zu haben – und zwar ganz ohne neue Gesetze oder Verordnungen", verwies Schönecke auf die mit dem Bundesministerium getroffene freiwillige Vereinbarung. "Es braucht nicht immer starres Ordnungsrecht, in uns hat die Politik einen verlässlichen Partner", hob Schönecke Veränderungsbereitschaft und Innovationskraft der Branche hervor.



Über den ZDG

Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V. vertritt als berufsständische Dach- und Spitzenorganisation die Interessen der deutschen Geflügelwirtschaft auf Bundes- und EU-Ebene gegenüber politischen, amtlichen sowie berufsständischen Organisationen, der Öffentlichkeit und dem Ausland. Die rund 8.000 Mitglieder sind in Bundes- und Landesverbänden organisiert.

Pressekontakt:

ZDG Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.
Christiane von Alemann
Claire-Waldoff-Str. 7 | 10117 Berlin
Tel. 030 288831-40 | Fax 030 288831-50
E-Mail: c.von-alemann@zdg-online.de | Internet: www.zdg-online.de